Übersetzung¹

Europäisches Kulturabkommen

Abgeschlossen in Paris am 19. Dezember 1954

Von der Bundesversammlung genehmigt am 5. Juni 1962²

Schweizerische Beitrittsurkunde hinterlegt am 13. Juli 1962

In Kraft getreten für die Schweiz am 13. Juli 1962

(Stand am 13. Februar 2013)

Die unterzeichneten Regierungen der Mitglieder des Europarates,

In der Erwägung, dass der Europarat die Herstellung einer engeren Verbindung zwischen seinen Mitgliedern zur Aufgabe hat, insbesondere um die Ideale und Grundsätze, die ihr gemeinsames Erbe bilden, zu wahren und zu fördern;

In der Erwägung, dass ein besseres gegenseitiges Verständnis zwischen den europäischen Völkern es ermöglichen würde, diesem Ziel näher zu kommen;

In der Erwägung, dass es deshalb wünschenswert ist nicht nur zweiseitige Kulturabkommen zwischen den Mitgliedern des Europarates abzuschliessen, sondern auch gemeinsam zu handeln, um die europäische Kultur zu wahren und ihre Entwicklung zu fördern;

In dem Entschluss, ein allgemeines europäisches Kulturabkommen abzuschliessen, um unter den Staatsangehörigen aller Mitglieder des Europarates und derjenigen anderen europäischen Staaten, die diesem Abkommen beitreten, das Studium der Sprachen, der Geschichte und der Zivilisation der anderen Vertragsparteien sowie auch ihrer gemeinsamen Kultur zu fördern,

sind wie folgt übereingekommen:

Art. 1

Jede Vertragspartei trifft geeignete Massnahmen zum Schutz und zur Mehrung ihres Beitrags zum gemeinsamen kulturellen Erbe Europas.

Art. 2

Jede Vertragspartei wird, soweit wie möglich,

- (a) bei ihren Staatsangehörigen das Studium der Sprachen, der Geschichte und der Zivilisation der anderen Vertragsparteien fördern und diesen Vertragsparteien auf ihrem Gebiet Erleichterungen für die Ausgestaltung solcher Studien gewähren;

AS 1962 935; BBl 1961 II 1193

¹ Der französische Originaltext findet sich unter der gleichen Nummer in der französischen Ausgabe dieser Sammlung.

² AS 1962 933

- (b) bestrebt sein, das Studium ihrer Sprache oder Sprachen, ihrer Geschichte und ihrer Zivilisation im Gebiet der anderen Vertragsparteien zu fördern und deren Staatsangehörigen die Möglichkeit zu geben, sich solchen Studien auf ihrem Gebiet zu widmen.

Art. 3

Die Vertragsparteien konsultieren sich im Rahmen des Europarates, um ihr Vorgehen zur Förderung der im europäischen Interesse liegenden kulturellen Massnahmen aufeinander abzustimmen.

Art. 4

Zwecks Durchführung der Artikel 2 und 3 erleichtert jede Vertragspartei soweit wie möglich die Bewegungsfreiheit und den Austausch von Personen und Kulturgütern.

Art. 5

Jede Vertragspartei betrachtet die europäischen Kulturgüter, die sich unter ihrer Kontrolle befinden, als Bestandteil des gemeinsamen europäischen kulturellen Erbes, trifft die erforderlichen Massnahmen zu ihrem Schutz und erleichtert den Zugang zu ihnen.

Art. 6

1. Vorschläge zur Anwendung und Fragen der Auslegung dieses Abkommens werden auf den Tagungen des Ausschusses der Kultursachverständigen des Europarates geprüft.
2. Jeder Staat, der nicht Mitglied des Europarates ist, aber diesem Abkommen gemäss Artikel 9 Absatz 4 beigetreten ist, kann einen oder mehrere Vertreter zu den in Absatz 1 vorgesehenen Tagungen entsenden.
3. Die auf den in Absatz 1 vorgesehenen Tagungen gefassten Beschlüsse werden dem Ministerkomitee des Europarates als Empfehlungen vorgelegt, es sei denn, dass es sich um Entscheidungen handelt, die als Verwaltungsangelegenheiten, welche keine zusätzlichen Ausgaben erfordern, in die Zuständigkeit des Ausschusses der Kultursachverständigen fallen.
4. Der Generalsekretär des Europarates bringt den Mitgliedern des Rates sowie den Regierungen aller Staaten, die diesem Abkommen beigetreten sind, jede darauf bezügliche Entscheidung, die vom Ministerkomitee oder vom Ausschuss der Kultursachverständigen getroffen wird, zur Kenntnis.
5. Jede Vertragspartei meldet dem Generalsekretär des Europarates zu gegebener Zeit jede Massnahme, die sie auf Grund der Entscheidungen des Ministerkomitees oder des Ausschusses der Kultursachverständigen zur Durchführung dieses Abkommens trifft.

6. Sind bestimmte Vorschläge zur Durchführung dieses Abkommens nur für eine beschränkte Anzahl von Vertragsparteien von Interesse, so können sie gemäss Artikel 7 behandelt werden, sofern ihre Verwirklichung keine Ausgaben für den Europarat zur Folge hat.

Art. 7

Wünschen zwei oder mehr Vertragsparteien zur Förderung der Ziele dieses Abkommens am Sitz des Europarates andere Tagungen abzuhalten als in Artikel 6 Absatz 1 vorgesehen, so gewährt ihnen der Generalsekretär des Europarates jede erforderliche Verwaltungshilfe.

Art. 8

Keine Bestimmung dieses Abkommens darf so ausgelegt werden,

- (a) dass sie die Bestimmungen eines von einer Vertragspartei bereits unterzeichneten zweiseitigen Kulturabkommens beeinträchtigt oder den künftigen Abschluss eines solchen weniger erstrebenswert macht, oder
- (b) dass sie die Pflicht einer Person zur Beachtung der im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften über die Einreise, den Aufenthalt und die Ausreise von Ausländern berührt.

Art. 9

1. Dieses Abkommen wird zur Unterzeichnung durch die Mitglieder des Europarates aufgelegt. Es bedarf der Ratifizierung; die Ratifikationsurkunden werden beim Generalsekretär des Europarates hinterlegt.
2. Dieses Abkommen tritt, sobald drei Unterzeichnerregierungen ihre Ratifikationsurkunden hinterlegt haben, für diese Regierungen in Kraft.
3. Für jede Unterzeichnerregierung, die dieses Abkommen in der Folge ratifiziert, tritt es mit der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde in Kraft.
4. Das Ministerkomitee des Europarates kann durch einstimmigen Beschluss und unter den ihm zweckmässig erscheinenden Bedingungen jeden europäischen Staat, der nicht Mitglied des Europarates ist, einladen, diesem Abkommen beizutreten. Jeder Staat, der eine Einladung erhält, kann dem Abkommen durch Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde beim Generalsekretär des Europarates beitreten; der Beitritt wird mit dem Eingang dieser Urkunde wirksam.
5. Der Generalsekretär des Europarates notifiziert allen Mitgliedern des Rates sowie den beigetretenen Staaten die Hinterlegung aller Ratifikations- und Beitrittsurkunden.

Art. 10

Jede Vertragspartei kann diejenigen Hoheitsgebiete, auf die dieses Abkommen Anwendung finden soll, durch eine an den Generalsekretär des Europarates zu richtende Erklärung bestimmen; diese Erklärung bringt der Generalsekretär allen anderen Vertragsparteien zur Kenntnis.

Art. 11

1. Nach Ablauf von fünf Jahren, von seinem Inkrafttreten an gerechnet, kann dieses Abkommen jederzeit von jeder Vertragspartei gekündigt werden. Die Kündigung erfolgt durch schriftliche Notifizierung an den Generalsekretär des Europarates; dieser setzt die anderen Vertragsparteien davon in Kenntnis.

2. Die Kündigung wird für die betreffende Vertragspartei mit Ablauf von sechs Monaten nach dem Tag ihres Eingangs beim Generalsekretär des Europarates wirksam.

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig beglaubigten Unterzeichneten dieses Abkommen unterschrieben.

Geschehen zu Paris am 19. Dezember 1954 in französischer und englischer Sprache, wobei beide Fassungen in gleicher Weise massgebend sind, in einer Urschrift, die im Archiv des Europarates hinterlegt wird. Der Generalsekretär übermittelt den unterzeichneten und den beigetretenen Regierungen beglaubigte Abschriften.

(Es folgen die Unterschriften)

Geltungsbereich am 13. Februar 2013³

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)	Inkrafttreten
Albanien	25. Juni 1992 B	25. Juni 1992
Andorra	22. Januar 1996	22. Januar 1996
Armenien	25. April 1997 B	25. April 1997
Aserbaidschan	25. April 1997 B	25. April 1997
Belarus	18. Oktober 1993 B	18. Oktober 1993
Belgien	11. Mai 1955	11. Mai 1955
Bosnien und Herzegowina	29. Dezember 1994 B	29. Dezember 1994
Bulgarien	2. September 1991 B	2. September 1991
Dänemark	7. Mai 1955	7. Mai 1955
Deutschland*	17. November 1955	17. November 1955
Estland	7. Mai 1992 B	7. Mai 1992
Finnland	23. Januar 1970 B	23. Januar 1970
Frankreich	19. März 1955	5. Mai 1955
Georgien	25. April 1997 B	25. April 1997
Griechenland*	10. Januar 1962	10. Januar 1962
Heiliger Stuhl	10. Dezember 1962 B	10. Dezember 1962
Irland	11. März 1955	5. Mai 1955
Island	1. März 1956	1. März 1956
Italien	16. Mai 1957	16. Mai 1957
Kasachstan	5. März 2010 B	5. März 2010
Kroatien	27. Januar 1993 B	27. Januar 1993
Lettland	7. Mai 1992 B	7. Mai 1992
Liechtenstein	13. Juni 1979	13. Juni 1979
Litauen	7. Mai 1992 B	7. Mai 1992
Luxemburg	30. Juli 1956	30. Juli 1956
Malta	12. Dezember 1966	12. Dezember 1966
Mazedonien	24. November 1995 B	24. November 1995
Moldau	24. Mai 1994 B	24. Mai 1994
Monaco	6. Juli 1994 B	6. Juli 1994
Montenegro	6. Juni 2006 N	6. Juni 2006
Niederlande*	8. Februar 1956	8. Februar 1956
Norwegen	24. Januar 1956	24. Januar 1956
Österreich	4. März 1958	4. März 1958
Polen	16. November 1989 B	16. November 1989
Portugal	16. Februar 1976 B	16. Februar 1976
Rumänien	19. Dezember 1991 B	19. Dezember 1991
Russland	21. Februar 1991 B	21. Februar 1991

³ AS 1962 935, 1968 1726, 1972 1887, 1978 304, 1984 229, 1987 838, 1989 179, 1990 1264, 2003 3429, 2009 3953 und 2013 705. Eine aktualisierte Fassung des Geltungsbereiches findet sich auf der Internetseite des EDA (www.eda.admin.ch/vertraege).

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)	Inkrafttreten
San Marino	13. Februar 1986 B	13. Februar 1986
Schweden	16. Juni 1958	16. Juni 1958
Schweiz*	13. Juli 1962 B	13. Juli 1962
Serbien	28. Februar 2001 B	28. Februar 2001
Slowakei ^a	10. Mai 1990 B	1. Januar 1993
Slowenien	2. Juli 1992 B	2. Juli 1992
Spanien	4. Juli 1957 B	4. Juli 1957
Tschechische Republik ^a	10. Mai 1990 B	1. Januar 1993
Türkei	10. Oktober 1957	10. Oktober 1957
Ukraine	13. Juni 1994 B	13. Juni 1994
Ungarn	16. November 1989 B	16. November 1989
Vereinigtes Königreich*	5. Mai 1955	5. Mai 1955
Gibraltar	27. Mai 1998	27. Mai 1998
Insel Man	28. Januar 1994	28. Januar 1994
Jersey	19. März 1999	19. März 1999
Zypern	23. September 1969	23. September 1969

* Vorbehalte und Erklärungen.

Die Vorbehalte und Erklärungen werden in der AS nicht veröffentlicht, mit Ausnahme jener der Schweiz. Die französischen und englischen Texte können auf der Internetseite des Europarates: <http://conventions.coe.int/> eingesehen oder bei der Direktion für Völkerrecht, Sektion Staatsverträge, 3003 Bern bezogen werden

^a Datum der Hinterlegung der Beitrittsurkunde der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik.

Vorbehalte und Erklärungen

Schweiz⁴

Mit Rücksicht auf die föderalistische Struktur der Schweiz und insbesondere die Zuständigkeit der Kantone auf dem Gebiet der Erziehung und der Kultur, wie sie sich aus der Bundesverfassung ergibt, wird diese Zuständigkeit bei der Anwendung des Abkommens durch die Schweiz vorbehalten.

⁴ BB vom 5. Juni 1962 (AS 1962 933)